



An die
Region Hannover
Team Kulturförderung/Archiv (40.51)
Fachdienst Kultur und Medienbildung
Hildesheimer Str. 20
30169 Hannover

Antrag auf Zuwendung im Rahmen des Investitionsprogramms für kleine Kultureinrichtungen

Bitte senden Sie den vollständigen Antrag inklusive aller Anlagen an das Team Kulturförderung/
Archiv der Region Hannover.

Der Antrag (Antragsformular und erforderliche Anlagen) kann analog als unterschriebenes
Originalexemplar (postalisch) eingereicht werden. Alternativ können Anträge auf Landesmit-
telförderung auch elektronisch übermittelt werden. Hierfür sollten die Antragsunterlagen
eingescannt werden und als pdf-Dokument als Anlage einer E-Mail an [kulturfoerderung@region-
hannover.de](mailto:kulturfoerderung@region-hannover.de) versandt werden. (Änderungen in Bezug auf die Möglichkeiten der Antragstellung
werden auf dieser Website www.kulturfoerderung-region-hannover.de veröffentlicht.)

Es gilt der Eingangsstempel der Region Hannover. Ein Anspruch auf Gewährung einer Zuwen-
dung besteht nicht.

1. Grunddaten

Projektbezeichnung

Zuordnung: antragstellende Kultureinrichtung (bitte nur ein Feld ankreuzen)

Amateurtheater

Freilichtbühne

Kunstschule

Literatur

Musikverein

Musikzentrum

Soziokulturelle Einrichtung

Freies professionelles Theater

Heimatspflege/Heimatverein

Kunstverein

Musikschule

Nichtstaatliches Museum

Sonstiges: _____

2. Kontaktdaten Kultureinrichtung

Name der Einrichtung/des Vereins	
Name der antragstellenden Person (vertretungsberechtigt)	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon	
E-Mail-Adresse	
Homepage	
Rechtsform	

Bei natürlichen Personen als Antragstellende hier eine kurze Begründung:

Vorsteuerabzugsberechtigung

Ist die/der Antragstellende vorsteuerabzugsberechtigt?

Bei anteiliger Vorsteuerabzugsberechtigung: Erläuterung

Kontodaten

Kontoinhaber	
Bank	
IBAN	
BIC	

3. Verantwortliche/r für das Projekt

Ansprechpartner/in	
Telefon	
E-Mail-Adresse	

Wie möchten Sie als verantwortliche Kontaktperson angesprochen werden?

Frau Herr Vor- Nachname

4. Selbstdarstellung

(Beschreiben Sie bitte kurz Ihre Einrichtung, Ihren Verein etc., z. B. inhaltliches Profil, Organisationszweck, finanzielle Mittel, kulturelles und örtliches Umfeld, Leistungsfähigkeit, bisherige Projekterfahrung)

Anzahl der Vollzeitstellen/Vollzeitstellenanteile

(Hinweis: diese Zahl kann sich auch durch die Summe mehrerer Teilzeitstellen zusammensetzen)

Wenn die Anzahl der vollbeschäftigten hauptamtlichen Mitarbeiter/innen über 3 Stellen liegt, hier eine kurze Begründung:

5. Beschreibung des geplanten Projektes

Kurzdarstellung der geplanten Maßnahmen (Stichworte genügen)

Projektbeschreibung

(Notwendigkeit und Umfang der Maßnahme, vorgesehenes Nutzungskonzept)

Ort der Investition/Anschrift

Bei beantragten Baumaßnahmen: Genaue Informationen über das Gebäude

(z. B. Alter, Zustand, vorherige Nutzung des Gebäudes, ggf. Angaben zum Denkmalschutz)

Wer ist Eigentümer/in des Gebäudes?

Sofern der Antragsteller nicht Eigentümer des Gebäudes ist: Besteht ein Miet-, Pachtverhältnis o. Ä.?

Ja

Nein

Ist für die Durchführung des Projekts eine Baugenehmigung erforderlich?

Ja

Nein

Wenn ja, wurde eine Bauvoranfrage gestellt?

Ja

Nein

Wenn ja, Bauvorbescheid wurde erteilt am: _____

Wenn ja, Baugenehmigung wurde beantragt am: _____

Wenn ja, Baugenehmigung wurde erteilt am: _____

Ist für die Durchführung des Projekts eine denkmalrechtliche Genehmigung erforderlich?

Ja

Nein

Wenn ja, denkmalrechtliche Genehmigung wurde beantragt am: _____

Wenn ja, denkmalrechtliche Genehmigung wurde erteilt am: _____

6. Projektbeginn und -abschluss

Start des Projekts: _____

Abschluss des Projekts: _____

Ausgabenplan: Beschaffungsmaßnahmen

(Nur bei Beschaffungsmaßnahmen ausfüllen. Im Falle von Baumaßnahmen bitte den nachfolgenden Ausgabenplan auswählen)

[illegible]

Ehrenamtliches Engagement im Investitionsprojekt	Betrag
Beschreibung der Tätigkeit	
Beabsichtigtes ehrenamtliches Engagement insgesamt: 15 Euro x _____ Std.	
Davon anrechenbar (max. 10% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben)	
Bemessungsgrundlage der Zuwendung (Zuwendungsfähige Gesamtausgaben + anrechenbares, ehrenamtliches Engagement)	

Ausgabenplan: Baumaßnahmen

(Nur bei Baumaßnahmen ausfüllen. Im Falle von Beschaffungsmaßnahmen bitte den vorseitigen Ausgabenplan auswählen)

[illegible]

Ehrenamtliches Engagement im Investitionsprojekt	Betrag
Beschreibung der Tätigkeit	
Beabsichtigtes ehrenamtliches Engagement insgesamt: 15 Euro x _____ Std.	
Davon anrechenbar (max. 10% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben)	
Bemessungsgrundlage der Zuwendung (Zuwendungsfähige Gesamtausgaben + anrechenbares, ehrenamtliches Engagement)	

Finanzierungsplan der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben

Eigenmittel (Barmittel) _____ €

Drittmittel	Betrag	beantragt	in Aussicht gestellt	bewilligt
Stiftungen, Kommunen, öffentliche Träger (Bitte einzeln benennen)				
Spenden/Sponsoren (Bitte größere Einzelspenden einzeln benennen)				
Beantragte Fördermittel (i. d. R. max. 75% der Bemessungsgrundlage)				
Gesamteinnahmen des Projekts (Hinweis: Die Summe der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben muss mit der Summe der Gesamteinnahmen bzw. mit der ermittelten Bemessungsgrundlage übereinstimmen.)				

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden sowie der beiliegenden Angaben wird hiermit versichert.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Anlagen (verpflichtend)

Bei investiven Beschaffungsmaßnahmen:

- Projektbeschreibung, falls nicht schon aussagekräftig im Antragsformular dargestellt Ausgaben- und Finanzierungsplan, falls nicht schon aussagekräftig im Antragsformular dargestellt
- Angaben über beantragte/bewilligte Drittmittel
- Satzung, Gesellschaftsvertrag o. Ä.
- Kopie des Angebots/der Angebote (Kostenvoranschläge), die pro Position im Ausgabenplan zugrunde gelegt werden (Hinweis: nähere Ausführungen hierzu in den Allgemeine Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P))

Bei investiven Baumaßnahmen:

- Projektbeschreibung, falls nicht schon aussagekräftig im Antragsformular dargestellt
- Ausgaben- und Finanzierungsplan, falls nicht schon aussagekräftig im Antragsformular dargestellt
- Angaben über beantragte/bewilligte Drittmittel
- Satzung, Gesellschaftsvertrag o. Ä.
- Kopie des Angebots oder der Angebote, welches oder welche im Ausgabenplan zugrunde gelegt wurde oder wurden (s. o.), oder alternativ eine Kostenschätzung nach DIN 276
- Sofern nicht die antragstellende Einrichtung Eigentümer ist, die Einverständniserklärung der Eigentümerin/ des Eigentümers des Gebäudes zu den beabsichtigten Baumaßnahmen und der unterschriebene Miet-/Pachtvertrag, aus dem erkenbar ist, dass die unter Nummer 6.2 genannte Zweckbindungsfrist eingehalten werden kann
- Positiver Bauvorbescheid im Fall von genehmigungspflichtigen Baumaßnahmen
- Baugenehmigung (kann nachgereicht werden)
- Denkmalrechtliche Genehmigung (kann nachgereicht werden)

Erklärungen

1. Vorsteuerabzug

Die Antragstellerin/der Antragsteller ist für das Projekt zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 des Umsatzsteuergesetzes berechtigt (ggf. beim zuständigen Finanzamt bzw. bei Universitäten in der zentralen Verwaltung nachfragen). Soweit eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug besteht, wird hiermit erklärt, dass die Beträge im Kostenplan ohne Umsatzsteuer veranschlagt sind.

oder

Die Antragstellerin/der Antragsteller ist für das Projekt zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt.

2. Es wird bestätigt, dass für den gleichen Zweck bei einer anderen Stelle Mittel weder beantragt noch von dieser bewilligt worden sind, als in diesem Antrag angegeben.
3. Es werden investive Maßnahmen in Form von zu beschaffenden Gegenständen beantragt. Es wird bestätigt, dass die laufende Unterhaltung der beantragten Gegenstände sichergestellt ist und etwaige Folgekosten nicht Teil des Antrags sind. Es wird bestätigt, dass die jeweils geltende Zweckbindungsfrist berücksichtigt wird.
4. Die Antragstellerin/der Antragsteller erklärt, dass
ihr/ihm die Subventionserheblichkeit der Tatsachen nach den Nrn. 3.5.1 bis 3.5.3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 LHO und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt sind.
die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
5. Für eine Förderung ist die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.6.2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (EU-ABI. L 187/1 vom 26.6.2014) in der Fassung der Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2.7.2020 (EU-ABI. L 215/3 vom 7.7.2020) – Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) – zu beachten.
Die Zuwendungen werden als Beihilfen für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes nach Maßgabe des Artikels 53 AGVO gewährt. Die Beihilfen müssen den Vorgaben der AGVO genügen.
6. Ich/wir erkläre/n mich/uns bis auf Widerruf damit einverstanden, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten (z. B. Name, Ort, Fördersumme, Inhalt des Projekts) im Falle einer Förderung durch das MWK im Rahmen von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen (z. B. Presseinformationen) verwendet werden können.
- Ja
Nein
- Die beigefügten Informationen zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift



Informationen zum Datenschutz

Im Folgenden informieren wir Sie über Ihre Rechte und geben Ihnen weitere gesetzlich geforderte Informationen.

Wer ist verantwortlich und wie kann ich den Datenschutzbeauftragten erreichen?

Verantwortliche im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (pressestelle@mwk.niedersachsen.de).

Für Fragen zum Datenschutz steht Ihnen unser Datenschutzbeauftragter unter datenschutzbeauftragter@mwk.niedersachsen.de sowie unter der Postanschrift Leibnizufer 9, 30169 Hannover gerne zu Verfügung.

Ihre Rechte als Betroffene/Betroffener

Jede und jeder Betroffene hat folgende Rechte:

- ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- ein Recht auf Berichtigung von unrichtigen Daten (Art. 16 DSGVO)
- ein Recht auf Löschung bzw. ein Recht auf „Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)
- ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 18 DSGVO)
- ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO).

Sie können einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten jederzeit ohne Angabe von Gründen widersprechen.

Darüber hinaus steht Ihnen auch ein allgemeines Widerspruchsrecht zu (vgl. Art. 21 Abs. 1 DSGVO). In diesem Fall ist der Widerspruch gegen eine Datenverarbeitung zu begründen.

Sofern die Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung erfolgt, kann diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Für die Ausübung von den Betroffenenrechten wenden Sie sich an datenschutzbeauftragter@mwk.niedersachsen.de.

Ihre Daten löschen wir entsprechend der gesetzlichen Fristen. Hierfür gilt grundsätzlich die Nds. Aktenordnung.

Sie haben zudem das Recht, Beschwerde gegen die von uns vorgenommenen Datenverarbeitungen bei einer Aufsichtsbehörde einzulegen.